

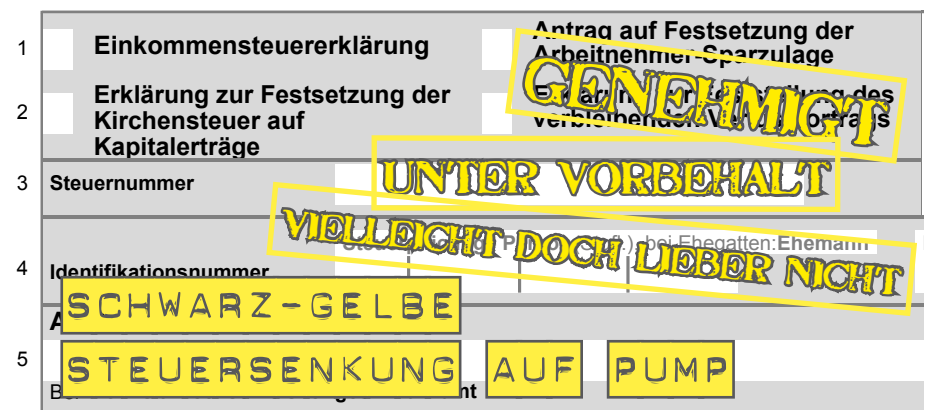
## Das Steuern-rauf-und-runter

Eine Meinung zur Halbzeitpause der schwarz-gelben Bundesregierung | von Manfred Nink

Das Sommerloch bietet immer wieder Platz für spannende Geschichten. Die Konservativen gehen häufig mit neuen und allzu häufig abstrusen Ideen voran. Stichwort: Fußfesseln für Schulschwänzer und ähnliches. In diesem Jahr allerdings wärmen sie eine alte Debatte wieder auf: das Steuern-rauf-und-runter.

Seit dem Beginn der sogenannten „Wunschkoalition“ fordert vor allem die FDP eine spürbare Steuersenkung. Dabei handelt es sich um eine Forderung, die bislang vor allem eines ist: nicht gegenfinanziert. So mussten sich die Liberalen bislang stets von der Opposition – aber auch aus Teilen der Union – den Vorwurf von „Steuersenkungen auf Pump“ gefallen lassen. Angesichts der aktuellen Kassenlage trifft diese Einstellung Umfragen zufolge auch die Meinung eines Großteils der Bevölkerung in Deutschland.

Kurz vor der Sommerpause flammte diese mehr oder weniger koalitionsinterne Debatte nun erneut auf. Neu dabei: Regierungsmitglieder und die Unionsfraktion waren oder sind so weit, unverantwortliche Steuersenkungen mitzutragen – allem Anschein nach dem



Schwarz-gelbe Einigkeit in Sachen Steuersenkung: Gegenfinanziert oder auf Pump? Das ist die Frage.

Koalitionsfrieden zu Liebe. Unklar bei dieser Einigung blieb wie gehabt die Frage der Gegenfinanzierung. Und damit war das Tor zum Sommerloch weit aufgestoßen.

Zu meiner Verwunderung wurde die Debatte dabei fortgesetzt mit einem vernünftigen Vorschlag des CDU-Abgeordneten Norbert Barthle – seines Zeichens haushaltspolitischer Sprecher der CDU. Er brachte endlich einen konkreten Vorschlag zur Gegenfinanzierung ins Gespräch, der aus meiner Sicht auch durch die SPD-Fraktion Unterstützung finde könnte. Barthle fordert eine Anhebung des Spitzensteuersatzes für Besserverdienende. Dem Vernehmen nach trifft dieser

Vorschlag bei den Spitzen der Koalitionsfraktionen nicht gerade auf Gegenliebe. Die Verwirrung beim Steuern-rauf-und-runter war vollends perfekt. Doch ein Rätsel bleibt: FDP und Union müssen erklären, wo das Geld, das in der Staatskasse nicht vorhanden ist, herkommen soll. Wer auf der einen Seite den Haushalt konsolidieren und auf der anderen Seite Steuern senken will, muss entweder bei den Staatsausgaben sparen, Einnahmen erhöhen oder neue Einnahmen schaffen.

Vielleicht gibt es die Auflösung des Rätsels noch vor der Sommerpause. Oder aber: Die Steuersenkungsfantasien lösen sich mal wieder in Luft auf. Das wäre vernünftig.

# 2 | Die Bundespolitik

## Liquid Democracy: Alle schreiben mit

Die SPD geht einen neuen Weg der politischen Beteiligung im Internet

Die SPD lädt ein, im Internet gemeinsam einen Antrag für den Bundesparteitag im Herbst zu schreiben. Bis zum 13. September soll so ein breites Spektrum von Interessierten und Fachleuten transparent und demokratisch politische Ideen entwerfen.

Während die einen keinen Sinn sehen via Twitter in 140 Zeichen zu kommunizieren und Diskussionen, interessante Web-Links und Fotos auf Facebook-Profilen zu teilen, preisen andere Stimmen die Demokratisierungspotenziale des Netzes und der neuen Internet-Anwendungen, die alle zum mitgestalten und mitdiskutieren einladen. Die Wahrheit liegt vermutlich irgendwo dazwischen. Klar ist spätestens seit dem Onlinewahlkampf 2009: Parteien suchen im Internet nach Instrumenten, die mehr Beteiligung ermöglichen und lange eingeübte Arbeitsweisen ein wenig aufbrechen.

„Arbeit und Wirtschaft in der Digitalen Gesellschaft“ lautet das Thema, das die SPD jetzt im Netz auf der Liquid-Democracy-Plattform „Adhocracy“ diskutieren will. Im Kern des Antrags soll die Frage stehen, wie in Zukunft Grün-



Die Adresse für politische Beteiligung im Netz: [www.onlineantrag.spd.de](http://www.onlineantrag.spd.de)

dungen in der digitalen Wirtschaft gefördert und kleine Unternehmen unterstützt werden können.

Unter [www.onlineantrag.spd.de](http://www.onlineantrag.spd.de) besteht für jede/n die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen und am SPD-Antrag mitzuschreiben. Um die Anregungen sortieren zu können, soll sich der Antrag an sechs Leitfragen ausrichten:

1) Welche Rahmenbedingungen bedarf es, um Wissen und Informationen auf internationaler Ebene austauschen zu können?

2) Wie kann eine Gründungskultur an deutschen Hochschulen und Universitäten ausgebaut und wie können Ausgründungen unterstützt werden?

3) Wie können Hochschulen und junge Unternehmerinnen und Unternehmer ihren Austausch verbessern, um Ideen, Fachwissen und Köpfe zusammenzubringen?

4) Wie muss heute eine zeitgemäße und funktionierende Finanzierung von innovativen Unternehmensgründungen gestaltet werden?

5) Wie sieht funktionierende Förderung bei der Gründung von Unternehmen aus?

6) Wie werden positive Effekte durch den Austausch von Fachkräften über Ländergrenzen hinweg ermöglicht? Gibt es Projekte und Regelungen in anderen Staaten, um Existenzgründungen voranzutreiben?

### Was ist Liquid Democracy?

Demokratische Prozesse sollen transparenter und flüssiger werden. Mitglieder sollen bei der Entwicklung neuer Ideen und Lösungsansätze innerhalb einer Organisation mitwirken, um vorhandenes Wissen optimal abzurufen und so zu besseren Ergebnissen zu kommen. Zentrale Prinzipien sind Stimmendelegation und ein strukturiertes Vorgehen.

### Wer ist gefragt?

Kurz gesagt: Eigentlich jede/r, die/der sich für das Thema interessiert und etwas beizutragen hat. Vor allem sind Gründerinnen und Gründer oder solche, die es noch werden wollen, Expertinnen und Experten der digitalen Welt und Wirtschaft sowie (netz-)politisch Aktive gefragt. Eine Mitgliedschaft in der SPD ist nicht erforderlich!

### Mitmachen!

Eine Anmeldung unter [www.onlineantrag.spd.de](http://www.onlineantrag.spd.de) ist notwendig. Bis zum 13. September besteht die Möglichkeit, auf Leitfragen zu antworten und zu diskutieren. Eine Woche lang stehen danach die Vorschläge für den Antrag zur Abstimmung. Im Dezember 2011 soll der Antrag durch den Bundesparteitag beraten werden.

## „Die Mosel ist meine zweitgrößte Liebe“

Joachim Bell über die Wahlkreisarbeit in Manfred Ninks Bürgerbüro in Trier

**D**er Berliner Politikbetrieb macht eine Sommer-Pause. Ab 5. September finden im Bundestag die Sitzungen des zweiten Halbjahres 2011 statt. Was die Abgeordneten momentan machen und was unter Wahlkreisarbeit überhaupt zu verstehen ist, erklärt Joachim Bell, Mitarbeiter im Trierer Wahlkreisbüro von Manfred Nink, im Interview.

*Es heißt immer, in der Sommerpause widmet sich ein Bundestagsabgeordneter voll und ganz der Wahlkreisarbeit. Was ist darunter zu verstehen, welche Arbeit fällt im Wahlkreis an?*

Die Wahlkreisarbeit ist gewissermaßen die andere Hälfte der Abgeordnetentätigkeit. Gespräche mit den Menschen, die hier leben, mit den Vereinen und Verbänden, die hier aktiv sind und den Leuten aus der eigenen Partei. Das alles ist immens wichtig, damit man in Berlin die Interessen der Region formulieren und darstellen kann. In der parlamentarischen Sommerpause können Abgeordnete schon mal Teile des Wahlkreises buchstäblich zu Fuß erkunden. Das ist wichtig, weil es die notwendige Distanz zur Umtriebbarkeit des Berliner Politikbetriebs schafft, der einen manchmal zu verschlingen droht.

*Welche Aufgaben erfüllen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wahlkreisbüro?*

Wir sorgen dafür, dass Manfred Nink erreichbar ist, und dass er alle nötigen Informationen erhält. Leuten, die Hilfe suchen, können oft auch wir helfen. Wenn sich Ratsu-

chende zur Sprechstunde anmelden, will ich wissen, worum es geht, damit ich schon vor dem Gespräch Informationen beschaffen kann. Es geht darum, den Chef zu entlasten. Briefe, Einladungen, E-Mails gilt es vorzusortieren und ihre Bearbeitung vorzubereiten. Wir vereinbaren Termine, schreiben Vorschläge und Entwürfe für Briefe, Presstexte und Grußworte. Schließlich sind wir auch für die Anliegen unserer Parteibasis von Hermeskeil bis weit hinter Gerolstein da.



Joachim Bell hat die Region und ihre Wahrzeichen fest in sein Herz geschlossen.

*Mit welchen Anliegen wenden sich die Leute ans Wahlkreisbüro?*

Das ist sehr unterschiedlich. Manche wollen nur eine Information, bei anderen dauert die Bearbeitung Monate. Manchmal kommen fünf an einem Tag, dann wieder nur einer in der Woche. Die Anliegen betreffen oft soziale Probleme. Manchmal braucht ein Unternehmer den Rat des Abgeordneten und hin und wieder will jemand einfach

mal seine – bisweilen kräftige – Meinung zur Bundespolitik sagen. Da ist man dann gefordert, auch ein paar Hintergründe erläutern zu können.

*Wie bist Du zu Manfred Nink in den Wahlkreis gekommen?*

Ich habe von 1991 bis 2009 in Bonn und Berlin für rheinland-pfälzische SPD-Abgeordnete gearbeitet und gehöre der SPD selbst seit über 30 Jahren an. Die Wahlkreis-Perspektive hat mich schon lange gereizt. Das war nach den vielen Jahren etwas neues, und ich bin Manfred Nink dankbar, dass er mir diese Chance gegeben hat. Meine guten Kenntnisse der Berliner Strukturen sind auch für diese Arbeit sehr nützlich.

*Was verbindest Du mit der Region?*

Für mich als bekennenden Moselaner und Weinliebhaber erfüllt die Region fast alle Kriterien eines Paradieses. Die Landschaft ist eradezu traumhaft. Das wurde mir erst bewusst, als ich woanders gelebt habe. Die Mosel ist meine zweitgrößte Liebe – nach meiner Tochter.

*Was ist schöner: Berlin oder Trier?*

In Berlin habe ich unsere Region sehr vermisst und bin oft für kurze oder längere Urlaube zurück gekommen: nach Hause. Jetzt, wo ich das wieder täglich habe, fehlt mir Berlin fast genauso, weil ich dort viele Freunde zurückgelassen habe. Deswegen freut es mich auch, dass ich beruflich noch ab und zu in der Hauptstadt zu tun habe! Ganz ehrlich: Schöner ist Trier – aber in Berlin ist mehr los.



# 4 | Aus Partei und Fraktion

## Auf ein Gespräch in Berlin



**Diskussion auf der Terrasse des Reichstags:** Am 12. Juli hat Manfred Nink Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Trier und seinen Betreuungswahlkreisen in Berlin empfangen. Vom 10. bis 13.07.2011 hatten sie die Gelegenheit, die Hauptstadt kennen zu lernen und einen Blick hinter die Kulissen des politischen Berlins zu werfen.

## Die zwei Seiten der sitzungsfreien Zeit

### *Liebe Freundinnen und Freunde!*

Die sitzungsfreie Zeit des Bundestages ist eine wichtige Zeit für mich als Abgeordneten – in zweierlei Hinsicht. Auf der einen Seite bietet sich Gelegenheit, um neue Kraft zu tanken und etwas Abstand vom Berliner Betrieb zu gewinnen. Ja, auch für einen Sommerurlaub muss Zeit bleiben. Auf der anderen Seite erwarten viele Vereine, Initiativen und politisch Aktive berechtigterweise Zeit und Raum für Gespräche und Diskussionen. Diesen Anliegen komme ich gerne nach.

Nicht zu vergessen ist darüber hinaus, dass die gerade hochbrisanten und aktuellen Fragen der Weltfinanzwirtschaft und der Krise des Euroraums keinen Aufschub dulden. Deshalb gilt es Beschlüsse und Expertisen zu studieren, um in

der ersten Sitzungswoche des zweiten Halbjahres im September auf dem aktuellen Stand zu sein und somit mitreden und mitentscheiden zu können.

Und so verwundert es mich schon, dass die Bundeskanzlerin in ihrem Urlaub scheinbar keine Notwendigkeit sieht, sich aktiv in das Geschehen einzumischen und für Ruhe und Klarheit zu sorgen. Stattdessen lässt sie den Bundeswirtschaftsminister Rösler auf einem Parkett in der Öffentlichkeit agieren, auf dem er eine ganz schlechte Figur macht. Und wenn ich so etwas dann sehe, da vergehen mir Erholung und Urlaubslaune.

*Herzlichst, Euer*

A handwritten signature in blue ink that reads "Manfred".

## Europäer fordern Sondersitzung

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (EP) fordern eine Sondersitzung des EP-Wirtschaftsausschusses. Die S&D-Fraktion sieht Beratungsbedarf aufgrund der angespannten Lage auf den Finanzmärkten.

Für dieses Treffen sollen neben den Mitgliedern des Ausschusses auch der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet, Euro-Gruppen-Präsident Jean-Claude Juncker und Wirtschaftskommissar Olli Rehn vor den Parlamentsausschuss geladen werden. Der Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung, Dr. Udo Bullmann, sagte: „Spekulationen gegen den Euro sind kein Naturgesetz. Der Gesetzgeber kann sie wie im Falle des spekulativen Handels mit Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen verbieten.“

Als Reaktionen auf die Krise werden durch die S&D-Fraktion desweiteren ein echter und handlungsfähiger europäischer Währungsfonds, das Auflegen von Eurobonds sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer genannt.

### Manfred Nink MdB

Büro Berlin:  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317  
Fax: 030/22776317  
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:  
Christophstraße 1  
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940  
Fax: 0651/44748  
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

[www.manfred-nink.de](http://www.manfred-nink.de)